

Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik
Band: 99 (2008)
Heft: 22-23

Rubrik: Branche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tiefenlagerpläne: Widerstand möglicher Standortregionen

6 Regionen eignen sich gemäss Nagra in der Schweiz geologisch zum Bau von Tiefenlagern für radioaktive Abfälle. In diesen 6 Regionen ist der Widerstand gross. Für schwach- und mittelradioaktive Abfälle sind laut Nagra geeignet der Südranden SH, das Zürcher Weinland ZH/TG, die Nördlich Lägeren ZH/AG, der Bözberg AG, der Jura-südfuss SO/AG und der Wellenberg NW/OW. Sie wurden in Bern von der Genossenschaft und dem Bundesamt für Energie (BFE) den Medien vorgestellt.

Das Zürcher Weinland, die Lägeren und der Bözberg kämen aufgrund ihres 180 Mio. Jahre alten wasserdichten Opalinuston auch für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle in Frage. Diese Regionen wären auch für ein Lager für alle Abfallkategorien geeignet.

Bei den schwach- und mittelaktiven Abfällen geht die Nagra von einem Betrachtungszeitraum von 100 000 Jahren aus, erklärte Thomas Ernst, Vorsitzender der Nagra-Geschäftsleitung. Bei den hochaktiven Abfällen gehe man von 1 Mio. Jahre aus.

Es sei weltweit anerkannt, dass radioaktive Abfälle aus Kernkraftwerken, Medizin, Industrie und Forschung in geologischen Lagern in 400 bis 900 m Tiefe langfristig sicher entsorgt werden könnten. Bei der Standortwahl werde die Sicherheit oberste

In 3 Etappen zum Rahmenbewilligungsgesuch

3 Etappen braucht es, bis die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) in rund 10 Jahren die Rahmenbewilligungsgesuche für Tiefenlager einreichen kann.

Die 1. Etappe hat begonnen und dauert noch rund 2½ Jahre. In ihr nimmt das Bundesamt für Energie (BFE) eine Gesamtbeurteilung der vorgeschlagenen Standortregionen vor. Seinen Bericht unterbreitet es nach einer 3-monatigen Anhörung bei Kantonen, Nachbarstaaten, Parteien und Organisationen dem Bundesrat zum Entscheid.

In der ebenfalls rund 2½ Jahre dauernden 2. Etappe werden die Gebiete auf (mindestens) 2 Standorte pro Abfallkategorie eingengt. Neben sicherheitstechnischen kommen nun auch raumplanerische und sozioökonomische Aspekte umfassend zum Zug. Im Vordergrund steht zudem der Einbezug von Bevölkerung und Gemeinden der betroffenen Regionen.

In der 3. Etappe (2½ bis 4½ Jahre) werden die verbliebenen Standorte näher geprüft, die geologischen und sicherheitstechnischen Kenntnisse z.B. mit Sondierbohrungen weiter vertieft. Volkswirtschaftliche Auswirkungen werden genau untersucht, mögliche Formen der Abgeltung geregelt. Am Ende dieser 3. Etappe stehen die Rahmenbewilligungsgesuche der Nagra. (SDA/bs)

Priorität haben. Die Nagra stelle sich jetzt der Diskussion.

Nidwalden und Obwalden empört

Und diese dürfte heftig ausfallen. Als «Wortbrüchigkeit» bezeichnet das Komitee für die Mitsprache des Nidwaldner Volkes bei Atomanlagen (MNA) den Entscheid, die Region Wellenberg als Endlager in Betracht zu ziehen. Nach 2 Urnengängen, bei wel-

chen sich die Nidwaldner Bevölkerung gegen ein Lager und einen Sondierstollen ausgesprochen hatte, habe die Nagra versichert, die Pläne in Nidwalden nicht weiter zu verfolgen.

Schlicht «inakzeptabel» und nicht verständlich nennen die Regierungen von Obwalden und Nidwalden den Vorschlag. Obwalden befürchtet negative Auswirkungen auf den Tourismusstandort Engelberg.

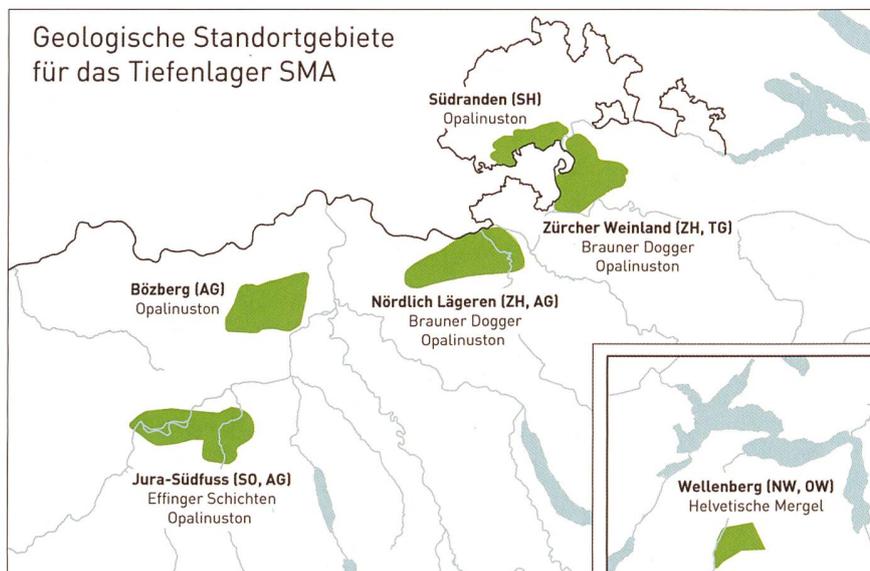
Attraktivitätsverlust

Ein Endlager in den Regionen Südranden oder Zürcher Weinland schmälere die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts und der Wohnregion, ist Schaffhausen überzeugt.

Zürich lehnt die Standorte Weinland und Nördliche Lägeren ab, weil es schon heute «im gesamtschweizerischen Interesse liegende Sonder- und Zentrumslasten» trage.

Die Kritik des Aargaus gilt vor allem dem «starken Fokus» auf den Kanton. Tatsächlich ist er bei 3 der 6 Standorte und mit insgesamt 33 Gemeinden betroffen. Der Kanton beherberge indessen schon Kernkraftwerke und das atomare Zwischenlager Würenlingen.

Für den Solothurner Regierungsrat hat die Sicherheit oberste Priorität. Raumplanerische und sozioökonomische Kriterien sowie politische Argumente hätten in den Hintergrund zu treten. Unterstützung erhält diese Kritik vorab von der Linken und der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES).



Thurgau und Deutschland zufrieden

Der Kanton Thurgau (Zürcher Weinland) habe die bisherigen Arbeiten begleitet und erachte das Vorgehen als seriös, sicherheitsorientiert und transparent, hiess es dort.

Beifall erhalten die Schweizer Behörden vom deutschen Umweltminister Sigmar Gabriel. Er lobte das Vorgehen. Ähnliches

sollte bei der Suche nach Endlagern auch in seinem Land angewendet werden.

Weiteres Vorgehen

Seit fast 40 Jahren produziert die Schweiz Atomstrom. Radioaktive Abfälle liegen derzeit in Zwischenlagern bei den 5 Kernkraftwerken und in 2 zentralen Lagern im Kanton Aargau.

Die 6 Standorte werden nun in 3 Etappen und mit den betroffenen Regionen eingehend geprüft und «eingengt». Definitive Entscheide fallen in rund 10 Jahren.

Ziel ist es, 2030 ein Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle und 2040 eines für hochradioaktive Abfälle in Betrieb zu nehmen. (SDA/bs)

Swissgrid bestimmt neuen Verwaltungsrat

Wegen drohender Strompreiserhöhungen steht Swissgrid seit Monaten in der Kritik. Nun hat die Netzgesellschaft einen neuen Verwaltungsratspräsidenten bestimmt und zugleich den bestimmenden Einfluss der grossen Energiekonzerne gebrochen.

Die Fachkommissionen, in welchen deren Vertreter sitzen, werden per sofort abgeschafft. Dies habe der Verwaltungsrat beschlossen, sagte Swissgrid-Sprecherin Monika Walser gegenüber der Nachrichtenagentur SDA.

Über die Fachkommissionen hatten die Stromkonzerne Swissgrid bisher fest im Griff. Die Anträge der Geschäftsleitung seien vorgängig von den Fachkommissionen geprüft und beurteilt worden, erklärte Walser. Deren Meinung sei dann den Verwaltungsräten zusammen mit den Anträgen der Geschäftsleitung unterbreitet worden.

Interessenkonflikt

Nicht zuletzt wegen dieser Einflussnahme hat der Bundesrat die Statuten von Swissgrid bisher nicht genehmigt. Auch die Wettbewerbskommission (WEKO) kritisierte diese Verflechtung von Netzgesellschaft und Stromkonzernen scharf. Wettbewerbsverzerrungen und Interessenkonflikte seien damit vorprogrammiert, sagte WEKO-Vize-Direktor Patrik Ducrey auf Anfrage.

Entsprechend zufrieden zeigte er sich über den Entscheid von Swissgrid. Damit sei sichergestellt, dass die Stromkonzerne keinen bestimmenden Einfluss mehr auf Swissgrid hätten. Zwar sind diese immer noch im Verwaltungsrat vertreten. Das Stromversorgungsgesetz schreibt aber vor, dass die Mehrheit des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung von der Stromwirtschaft unabhängig sein müssen. Unabhängig muss auch der Präsident des Verwaltungsrats sein.

Doppelrolle

Weil dieses Amt seit Mai interimistisch von EOS-Chef Hans Schweickardt versehen wird, sprachen Energieminister Moritz Leuenberger wie auch die WEKO von einem gesetzeswidrigen Zustand.

Umso erfreuter zeigte sich Ducrey, dass Swissgrid auch gleich einen neuen Verwaltungsratspräsidenten vorstellte. An einer ausserordentlichen Generalversammlung Anfang Dezember soll der ehemalige Siemens-Manager Peter Grüschow in das Amt gewählt werden. Der 63-jährige Ingenieur hat während fast 40 Jahren für den deutschen Industriekonzern gearbeitet, seit 1996 als Chef von Siemens Schweiz. Seit Ende 2005 sitzt er im Verwaltungsrat des Unternehmens.

Anfang Dezember soll Peter Grüschow zum neuen Verwaltungsratspräsidenten der Swissgrid gewählt werden.



Siemens Schweiz

Kommunikationsproblem

Dieses Amt wird er vor der Übernahme des Präsidiums von Swissgrid abgeben. Grüschow ist auch Mitglied des Vorstandes von Economiesuisse. Auf Anfrage bezeichnete er den Streit um die steigenden Strompreise als Kommunikationsproblem. Seine Aufgabe sieht er vorerst darin, zwischen den Parteien zu vermitteln.

Auf Grüschow ruhen nun die Hoffnungen: Ducrey erwartet, dass ein Dialog über die Strompreise in Gang kommt. Auch Leuenbergers Sprecher André Simonazzi zeigte sich zufrieden. Die Entscheide von Swissgrid liessen auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Stromwirtschaft hoffen, sagte er auf Anfrage.

Mit der schrittweisen Liberalisierung des Strommarkts drohen den Schweizer Haushalten und der Wirtschaft kräftige Erhöhungen der Strompreise. Die Gründe dafür liegen teilweise bei der neuen Netzgesellschaft Swissgrid.

Deren Preise werden von der ECom derzeit noch überprüft. Schon hat sich aber

Energieminister Moritz Leuenberger eingeschaltet, der mit verschiedenen Massnahmen die Preiserhöhung dämpfen will. Auch die Kommissionen der eidgenössischen Räte fordern tiefere Preise. (SDA/bs)

Baubeginn des grössten Biomasse-Kraftwerks der Romandie

Im waadtländischen Rueyres ist der Grundstein für das grösste Biomasse-Kraftwerk der Westschweiz gelegt worden. Die mit Holzabfällen betriebene Anlage Enerbois soll 2010 in Betrieb gehen.

Sie soll den jährlichen Strombedarf von 7000 Haushaltungen (28 GWh) decken sowie Dampf für die Industrie und Holzpellets für 3000 Haushalte produzieren, wie die Eigentümer, die Westschweizer Stromgruppe Energie Romande und die Grosssägerei Zahnd, mitteilten. Das Investitionsvolumen beträgt 37 Mio. CHF.

Nach eigenen Angaben ist Enerbois schweizweit die viertgrösste solche Anlage. Die grösste Anlage steht in Domat/Ems GR. Dort produziert die Tegra Holz & Energie AG seit April 2007 jährlich Strom für 15000 Haushalte und 170 kWh Industriewärme für die Ems-Chemie und die Sägerei Stallinger Swiss Timber. Die Kondensationsdampfmaschine der Anlage in Rueyres wird durch die Verbrennung von Holzabfällen der benachbarten Sägerei Zahnd betrieben. Damit verfüge das Projekt über eine ausgezeichnete Ökobilanz.

Es sei CO₂-neutral, da die Menge des bei der Verbrennung der Pellets freiwerdenden CO₂ gleich gross ist wie die Menge CO₂, die die Bäume in ihrem Lebenszyklus absorbiert haben. Zudem fielen jährlich 2000 Lastwagenfahrten weg, die bislang nötig waren, um die Holzabfälle der Weiterverwertung zuzuführen.

Die Anlage passt gut ins Konzept des Stromversorgers Energie Romande. Die Westschweizer Gruppe will bis in 5 Jahren 10% der selbst produzierten Elektrizität (50 GWh) aus neuen erneuerbaren Energien gewinnen. Bis 2030 sollen es 250 GWh sein. Dies entspricht 10% der vertriebenen Energie. (SDA/bs)

MWST auf SDL, KEV und Abgaben an das Gemeinwesen?

Aarau, 18.11.2008: Nach Rücksprache mit der Eidg. Steuerverwaltung, Hauptabteilung MWST, Frank Ziltener, Stv. Leiter Abteilung Externe Prüfung, kann der VSE hinsichtlich Leistungen von EVU im Inland wie folgt informieren:

SDL: Systemdienstleistungen sind Nebenleistungen und unterliegen für die Fakturierung an den Kunden wie die Hauptleistung (Bereitstellung eines in der Schweiz gelegenen Netzes) der MWST.

KEV: Die Fakturierung des KEV-Zuschlags (Art. 15b EnG) durch das EVU an die Kunden unterliegt der MWST.

Abgaben an das Gemeinwesen/die öffentliche Hand: Hier kann keine allgemeingültige Aussage gemacht werden; es bedarf der Abklärung im Einzelfall, gestützt auf die rechtlichen Grundlagen der Abgabe. Dem Grundsatz nach gilt, was folgt (vgl. Wegleitung 2008 zur Mehrwertsteuer, RZ 237 und 256; www.estv.admin.ch):

- Ist das EVU Schuldner der Abgabe gegenüber dem Gemeinwesen, so unterliegt die Weiterfakturierung der Abgabe an den Kunden der MWST.

- Ist der Kunde Schuldner der Abgabe an das Gemeinwesen und hat das EVU diese Abgabe im Namen und auf Rechnung des Kunden an das Gemeinwesen vorausbezahlt, so unterliegt die Weiterfakturierung durch das EVU an den Kunden nicht der MWST, sofern die Abgabe auf der Rechnung separat ausgewiesen wird.

Susanne Leber, Leiterin Gruppe Wirtschaft und Recht VSE, Tel. 062 825 25 40

TVA sur les services-système, la RPC et les redevances aux collectivités publiques?

Aarau, 18.11.2008: Après consultation de l'Administration fédérale des contributions, Division principale de la taxe sur la valeur ajoutée, Frank Ziltener, Responsable suppléant de la Division Contrôle externe, l'AES peut informer comme suit en ce qui concerne les prestations de l'EAE sur le territoire suisse:

Services-système: Les services-système sont des prestations accessoires à la prestation principale (mise à disposition d'un réseau situé en Suisse) et sont, comme cette dernière, soumis à la TVA lors de la facturation par l'EAE au client.

RCP: La facturation au client par l'EAE du montant dû pour le financement de la rétribution à prix coûtant du courant injecté (art. 15b LEn) est soumise à la TVA.

Redevances aux collectivités publiques/pouvoirs publics: On ne peut pas faire de

généralité. Il faut considérer chaque cas isolé en se référant aux bases légales de la redevance. De manière générale, la tendance est la suivante (cf. Instructions 2008, ch. 237 et 256; www.estv.admin.ch):

- Si l'EAE est le débiteur de la redevance envers la collectivité publique, la facturation de la redevance répercutée sur le client est soumise à la TVA.

- Si le client est le débiteur de la redevance envers la collectivité publique et que l'EAE a avancé le paiement de la redevance au nom et pour le compte du client, la facturation au client de la somme avancée n'est pas soumise à la TVA pour autant que celle-ci soit facturée séparément.

Susanne Leber, Responsable Groupe Economie et Droit AES, tél. 062 825 25 40

Zürcher Gemeinderat bewilligt Ausbau des KW Marmorera

Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) kann im Kanton Graubünden ein kleines Wasserkraftwerk bauen. Es ergänzt das bestehende Kraftwerk Marmorera-Tinzong. Der Zürcher Gemeinderat bewilligte diskussionslos 13,25 Mio. CHF mit 111 zu 0 Stimmen. Die Vorlage wurde von keiner Seite bestritten.

Heute wird das Wasser des Nandrö-Bachs (Ava da Nandrö) in Radons oberhalb Savognin gefasst und über eine Hangleitung und einen Freispiegelstollen ins Wasserschloss des Kraftwerks Marmorera-Tinzong eingeleitet. Je nach Wasserstand im Stausee Marmorera bleibt dabei eine Fallhöhe von 110 bis 176 m für die Energieproduktion ungenutzt.

Diese Lücke wird nun teilweise geschlossen. Dies geschieht mit einem Kleinkraftwerk mit einer jährlichen Energieproduktion von 6 GWh. Die Gestehungskosten kommen auf maximal 11 Rp. pro kWh, wie es in der Weisung des Stadtrates heisst.

Zertifizierte Energie

Das Kleinkraftwerk ist so konzipiert, dass zertifizierte Energie nach «Naturmade Basic» und «Naturmade Star» produziert werden kann. Ganz geschlossen wird die Lücke allerdings nicht. Aus verschiedenen Gründen ist es unumgänglich, dass ein Restgefälle von 60 m ungenutzt bleibt.

Das EWZ ist seit 1949 im Besitz einer Konzession zur Nutzung des Wassers der Julia im Kraftwerk Tinzong, das 1954 in Betrieb genommen wurde. Seit 1968 nutzt das EWZ auch das Wasser des Nandrö-Bachs. Dazu ermächtigt wurde es von den Gemeinden Savognin und Riom.

Dass man sich nicht von Anfang an mit der ungenutzten Fallhöhe befasste, ist mit dem Zeitgeist erklärbar: Ende der Sechzigerjahre erschien die Nutzung mit einem

separaten Kraftwerk unwirtschaftlich. Heute denkt man darüber anders. (SDA/bs)

Zusammenarbeit bei der Regelennergie in Deutschland

Vattenfall Europe Transmission hat gemeinsam mit den Übertragungsnetzbetreibern EnBW Transportnetze AG und E.ON Netz GmbH eine Intensivierung der Zusammenarbeit beim Einsatz der für die System-sicherheit unverzichtbaren Regelennergie beschlossen. Dadurch wird das Phänomen des Gegeneinanderregelns gelöst. Nach dem Abschluss des nun vorgesehenen Testbetriebs soll der Start noch im laufenden Jahr erfolgen.



Drei deutsche Netzbetreiber planen eine engere Zusammenarbeit.

Dadurch können erhebliche Synergien ohne Veränderung der bewährten Regelzonenstrukturen – und damit sofort – erreicht werden. «Durch die Zusammenschaltung der Informations- und Steuerungssysteme wird die weitere Optimierung bei der Regelennergie sicherer, schneller und unbürokratischer erreicht als mit einer Regelzone. Dies ist aufgrund aktueller technischer Fortschritte und im Lichte der aktuell abgeschlossenen wissenschaftlichen Begutachtung möglich», sagte Stefan Dohler, Vorsitzender der Geschäftsführung der Vattenfall Europe Transmission GmbH in Berlin. «Wir sind überzeugt davon, dass diese optimierte Koordination der Regelzonen die beste und vernünftigste Lösung für die Zukunft der deutschen Übertragungsnetze ist», so Dohler weiter. (Vattenfall/bs)

Rätia Energie beteiligt sich an deutschem Kohlekraftwerk

Der Bündner Stromproduzent Rätia Energie will sich am Bau eines Steinkohlekraftwerks im deutschen Brunsbüttel beteiligen. Der WWF fordert derweil ein Moratorium, damit Stromfirmen sich nicht mehr an Kohlekraftwerken beteiligen können.

Rätia-Energie-Konzernchef Kurt Bobst erklärte gegenüber dem Nachrichtenmagazin «10 vor 10», dass er zuversichtlich sei, dass das Projekt in Brunsbüttel nahe Ham-

burg zustande komme und die Rätia Energie ihren Anteil daran haben werde. Demnach will der Stromproduzent einen von zwei Kraftwerkblöcken mit einer Leistung von 800 MW bauen.

Die Möglichkeit ergibt sich aus einer Vereinbarung mit der Südweststrom Kraftwerk GmbH in Tübingen (D), die Rätia Energie im April 2007 unterzeichnet hat. Bobst begründet die Beteiligung damit, dass nicht 100% des Strombedarfs mit Wasserkraft oder anderen erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden könne.

WWF verlangt Kohle-Moratorium

Der WWF verlangt, dass der Bundesrat Investitionen von Schweizer Elektrizitätswerken in ausländische Kohlekraftwerke verhindert. Mit katastrophalen Folgen für das Klima begründet der WWF seine Forderung nach einem «Kohle-Moratorium».

Auch in Norddeutschland formiert sich Widerstand gegen geplante Steinkohlekraftwerke. Aber nicht nur da: Rätia Energie musste Ende September bekannt geben, ein Bewilligungsverfahren für den Bau eines Kohlekraftwerks im süditalienischen Kalabrien zu sistieren, weil das Projekt auf Widerstand bei Umweltorganisationen und politischen Exponenten stösst. (SDA/bs)

Kraftwerk Taschinas: Bauarbeiten haben begonnen

Nachdem am 28. Oktober die Auflagefrist ungenutzt abgelaufen ist, haben nun die Bauarbeiten für das Kraftwerk Taschinas begonnen. Die ersten Vorbereitungsarbeiten werden in Seewis im Bereich des Angriffs für den Druckstollen durch die aus drei einheimischen Bauunternehmungen bestehende «ARGE Grischa Taschinas» vorgenommen. Zunächst werden im Gebiet Pilleisch (Gemeindegebiet Seewis) die Deponie für das Aushubmaterial eingerichtet, die Baubaracken erstellt und weitere Vorbereitungsarbeiten getätigt. Ab Mitte Februar wird die Tunnelbohrmaschine installiert, und ab etwa Mitte März wird mit dem Vortrieb des Stollens begonnen.

Ebenfalls bereits in diesen Tagen wird mit der Erschliessung der Baustelle für die Wasserfassung Pudenal begonnen – insbesondere wird eine Seilbahn für die Material- und Personentransporte erstellt. Abhängig von der Wasserführung im Taschinasbach wird anschliessend mit dem Bau der Wasserfassung begonnen. Auch das Baulos für die Wasserfassung konnte an eine Bündner Bauunternehmung vergeben werden.

Anfang 2009 setzen dann die Bauarbeiten für die Kavernenzentrale und für die Druckleitung ein. An der Kraftwerkszentrale wird ab Januar 2009 gebaut; die Arbeiten werden demnächst vergeben. Für das

Baulos Druckleitung läuft gegenwärtig die Ausschreibung, die Vergabe ist im Januar/Februar 2009 und der Baubeginn im April 2009 vorgesehen.

Das Kraftwerk Taschinas nutzt das hydraulische Potenzial des Taschinasbachs zwischen dem Zusammenfluss des Canibachs mit dem Valserbach und Grösch. Auf einer Höhe von gut 1000 m ü.M. wird das Wasser gefasst und in einem Stollen bis Pilleisch geführt. Dort beginnt die unterirdische Druckleitung: Sie führt das Wasser in die Kraftwerkszentrale, welche in einer Kaverne im Burgfelsen der Ruine Solavers untergebracht sein wird. Die installierte Maschinenleistung beträgt rund 11 MW. Die jährliche Produktion des Kraftwerks Taschinas wird etwa 41 Mio. kWh betragen, das entspricht dem Jahresverbrauch von knapp 10 000 Haushaltungen. Konzessionsgemeinden sind Fanas, Seewis und Grösch. (Rätia Energie/bs)

BKW-Verwaltungsrat Fuhr tritt zurück

Nach nur rund anderthalb Jahren Zugehörigkeit ist Karl-Michael Fuhr aus dem BKW-Verwaltungsrat zurückgetreten. Der Vertreter des deutschen Energieunternehmens E.ON hat laut einer Mitteilung der BKW persönliche Gründe als Motiv angegeben.



E.ON

BKW-Verwaltungsrat Karl-Michael Fuhr.

Fuhr, Vorstandsmitglied von E.ON, war im Mai 2007 ins Aufsichtsorgan des bernischen Energieunternehmens gewählt worden. Fuhr gehe nicht im Zwist mit der BKW, sagte BKW-Sprecher Sebastian Vogler auf Anfrage. Der BKW-Verwaltungsrat besteht aus 11 Personen. (SDA/bs)

Nouveau responsable de la Communication Corporate

Groupe E a le plaisir d'annoncer l'engagement de Laurent Widmer en qualité de responsable de la Communication Corporate au 1^{er} novembre 2008. Il succède à Annette Zunzer qui, après un congé maternité, poursuivra une activité à 50% en tant que responsable de projets liés à la communication. Né à Fribourg, Laurent Widmer

Laurent Widmer, nouveau responsable de la Communication Corporate du Groupe E.



est titulaire d'une maîtrise en sciences politiques de l'Université de Leipzig. Il est au bénéfice d'une large expérience dans le domaine des médias et de la communication acquise notamment en travaillant pour une chaîne de télévision française et pour la poste suisse.

Il assumait jusqu'ici la fonction de porte-parole au sein d'une organisation onusienne. De langue maternelle française, il s'exprime couramment en allemand et en anglais. Il reprend le poste d'Annette Zunzer qui a décidé de réduire son activité. Elle continuera de travailler au sein de l'équipe de la communication, en gérant différents projets. (Groupe E/bs)

Neues VSE-Kommissionsmitglied

Fiorenzo Scerpella ist per 1. November 2008 neu Mitglied der Kommission Höhere Berufsbildung Netzelektriker. Er ist der Nachfolger von Armando Guglielmetti, der nach 20-jähriger, aktiver Tätigkeit die Kommission verlässt.

Fiorenzo Scerpella hat die ETH Zürich als diplomierter Elektroingenieur absolviert. Nach einer mehrjährigen Tätigkeit in der Deutschschweiz und im Ausland arbeitet Fiorenzo Scerpella seit 5 Jahren bei SES. Dort belegt er verschiedene Positionen. Aktuell ist Fiorenzo Scerpella zuständig für die Erneuerung der Unterwerke und die Erweiterung des Leitsystems sowie für die Strommarktliberalisierung verantwortlich.



Fiorenzo Scerpella ist Neumitglied bei der Kommission Höhere Berufsbildung Netzelektriker.

Wir freuen uns, Fiorenzo Scerpella als Mitglied der Kommission Höhere Berufsbildung Netzelektriker begrüssen zu dürfen, und wünschen ihm viel Erfolg. (bn)

Stromkosten für Haushalte steigen 2009 nur mässig

Eine repräsentative Erhebung des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen ergibt für Haushalte ohne Boiler ab 2009 Preisaufschläge von durchschnittlich ca. 8%. Haushalte mit beispielsweise Boiler oder Wärmepumpe müssen hingegen nächstes Jahr mit Kostenerhöhungen von im Schnitt 13% rechnen.

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) führt jedes Jahr Tarifrundfragen bei den Schweizer Elektrizitätsunternehmen durch. Bei einer repräsentativen Stichprobe von Elektrizitätswerken, welche gut einen Drittel der gesamtschweizerischen Haushalte versorgen, hat der VSE für das Jahr 2009 Folgendes festgestellt: Haushalte ohne Boiler erfahren einen durchschnittlichen Preisaufschlag von ca. 8%, während die Stromkosten für Haushalte mit Boiler im Schnitt ca. 13% steigen.

Werden weitere Verbrauchsklassen berücksichtigt, zeigt sich, dass die Preiserhöhungen für alle Modelle ohne steuerbaren Verbrauch im Durchschnitt bei rund 8,2% liegen, während die Modelle mit steuerbarem Verbrauch (Boiler, Wärmepumpe, Elektrospeicherheizung) um 11,5 bis 15,7% verteuert werden. Der Strompreis wird künftig auch durch fixe Aufschläge zur Förderung von neuen erneuerbaren Energien (Wind, Solar, Biomasse, Geothermie, Kleinwasserkraftanlagen) bzw. für die Systemdienstleistungen der Swissgrid erhöht. Diese betragen für jede verbrauchte kWh zusammen 1,35 Rp. Ohne die fixen Zuschläge ergibt sich für Haushalte mit Boiler eine durchschnittliche Strompreiserhöhung von 4,2% (für Haushalte ohne Boiler von 0,8%). (VSE/bs)

Power Balance Outlook for Winter 2008/2009 is published

The Winter Outlook report, prepared at European level, presents the summary of the national or regional power balances between forecast generation and peak demand on a weekly basis for the winter period from the beginning of December 2008 until the end of March 2009.

The generation capacities, peak load forecasts and the interconnection capacities are generally set to typical winter values. No specific approach has been carried out at this stage to estimate the power flows on the whole European High Voltage interconnected network.

The results rest on data collection and information available by UCTE, Nordel, Baltic countries, GB and Ireland's TSOs at the end of September 2008.

ETSO expects no particular risk of shortages this winter.



RTE/Montreux

The survey shows that on the whole, no particular risk of shortage is expected for the winter under normal conditions

The generation-load balances forecast in the different regions are generally considered suitable. Under normal conditions, a few countries may depend on imports from their neighbours in some specific periods. Among these is France, where some imports could be needed in over 1% of cases during weeks 2–3.

In these cases the transmission capacities allow for the required imports if intact. Availability of the simultaneous export capability in the neighbouring countries or regions has not been analysed. Conversely, under severe conditions, due mainly to low temperature or unfavourable hydro conditions, the power systems might be stressed, especially when the same periods are critical for neighbouring countries as well. The most critical period is the annual winter peak period (December–January, usually excepting the holiday period) but in some cases may also extend to February or even the end of March.

Under severe conditions France could need some imports to meet the load from December to the beginning of February (apart from the holiday period).

In such periods, unfavourable conditions could reduce the export capabilities from exporting countries and could lead to tight situations at the regional level in Western Europe (Great Britain, France, and South Eastern Europe: Former Yugoslav Republic of Macedonia, Greece, Romania).

Among the Nordic countries, Finland, Sweden and Eastern Denmark will have a deficit under severe conditions, but the total

Nordic generation capability exceeds the simultaneous peak demand. In addition Spain, Hungary and Italy stress the risks linked to the gas market.

Last, TSOs from Central Western Europe mention potential loop-flows, connected in particular with wind generation in northern part of mainland. Such countermeasures as phase shifter operation, generation re-dispatching or NTC reductions may be needed to guarantee the safe operation of the power system. (ETSO/bs)

Romande Energie: Accord de collaboration

Dans l'optique de renforcer la disponibilité et la qualité de l'approvisionnement électrique sur ses réseaux, Romande Energie s'est associée à l'Ecole d'ingénieurs et d'architectes de Fribourg (EIA-FR) afin de bénéficier des capacités de recherche appliquée et de développement de l'Ecole. Les projets résultants de cette collaboration, dont l'aspect théorique sera assuré par l'institut des technologies industrielles de l'EIA-FR, notamment grâce à ses laboratoires d'électricité, pourront être concrétisés par Romande Energie pour une gestion optimale de ses réseaux. Le financement des projets est assuré par Romande Energie. Les domaines d'intérêt et de collaboration ont été déterminés par les deux partenaires comme suit:

■ La gestion du réseau d'énergie. Il s'agit de trouver des techniques d'optimisation des flux d'énergies et de contrôle de la tension. La problématique principale touche aujourd'hui le phénomène de la production décentralisée dans les réseaux

(production indépendante) qui demande de développer des solutions pour consommer ou stocker localement l'énergie produite dans les réseaux afin de conserver la sécurité de la distribution et la qualité de la four-niture du courant.

■ L'optimisation du réseau d'énergie. Minimiser les coûts de renforcement des réseaux dus à la production décentralisée en intégrant à la conduite des réseaux la gestion des capacités de surcharge des équipements et la limitation des pertes.

■ L'optimisation des équipements de réseaux. Il s'agit de trouver des techniques d'optimisation d'exploitation permettant notamment de diminuer les temps de panne par l'emploi de systèmes automatiques distribués dans les équipements de commutation des réseaux.

L'établissement d'expertises techniques de projets, de benchmarks, d'études de bonnes pratiques – i.e. emploi de certaines techniques pour une utilisation rationnelle de l'énergie – et le suivi de veilles technologiques sont autant de services que Romande Energie pourra solliciter auprès de l'EIA-FR.

Cette collaboration s'inscrit pleinement dans la volonté de Romande Energie de développer des solutions novatrices dans le domaine de la gestion du réseau d'énergie, tout comme elle le fait déjà dans le domaine des nouvelles énergies renouvelables, en partenariat avec la HEIG-VD depuis le 30 avril dernier. (Romande Energie/bs)

Österreich: 30 Jahre «Nein zu Zwentendorf»

Am 15. Dezember 2008 jährt sich zum 30. Mal die Verabschiedung des Atomsperrgesetzes zum Verbot der Nutzung von Kernkraft zur Energiegewinnung und den Bau entsprechender Anlagen. Dieses entstand durch eine Volksabstimmung gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf in Niederösterreich. Mit einer knappen Mehrheit von 50,47% lehnte damals das Volk die Nutzung der Kernenergie ab. 1999 verabschiedete der österreichische Nationalrat basierend auf dem Atomsperrgesetz das Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich.

Auch wegen dieser Weichenstellung gehört Österreich im Bereich der Energie- und Umwelttechnik heute zu den führenden Nationen. Eine Studie des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) und der deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturförderung (GWS) hat ergeben, dass die Branche der Umwelttechnik bis 2020 bis zu 75000 neue Arbeitsplätze in Österreich schaffen wird. Damit ist die Umwelttechnik die stärkste Wachstumsbranche im Land.

Seit 1993 hat die Branche der Umwelttechnik ihren Umsatz auf 6 Mia. Euro, von denen zwei Drittel im Export Erlöst wurden, fast vervierfacht. Entsprechend der EU-Richtlinie der Europäischen Kommission soll Österreich bis zum Jahr 2020 den Anteil

erneuerbarer Energie von 24% auf 34% anheben. Dabei spielt in Österreich insbesondere auch die Wasserkraft und deren Technologieentwicklung eine wichtige Rolle. Dies bestätigt der bei der österreichischen Betriebsansiedlungsagentur ABA-Invest in Austria u.a. für die Bereiche Umwelttechnik und erneuerbare Energien zuständige Ing. Bernhard Bachleitner. Laut dem österreichischen Umweltminister Josef Pröll könnte durch die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien ein zusätzliches BIP-Volumen von rund 50 Mia. Euro erwirtschaftet werden. (bs)

676. Bundesgesetz vom 15. Dezember 1978 über das Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Anlagen, mit denen zum Zwecke der Energieversorgung elektrische Energie durch Kernspaltung erzeugt werden soll, dürfen in Österreich nicht errichtet werden. Sofern jedoch derartige Anlagen bereits bestehen, dürfen sie nicht in Betrieb genommen werden.

§ 2. Die Vollziehung dieses Bundesgesetzes obliegt der Bundesregierung.

Kirchschläger

Androsch		Moser	
Leodolter	Staribacher	Lanc	Broda
Rösch	Haiden	Weissenberg	Sinowatz
Lauseder		Firnberg	

Vor rund 30 Jahren wurde das Atomsperrgesetz in Österreich ratifiziert.

leserbriefe • courrier des lecteurs

Mit falschen Vorstellungen in den Strommarkt

Liberalisieren und privatisieren tönt wirklich gut. Aber erntet der Kunde auch immer von den politischen Versprechen? Die Realität sieht leider vielfach anders aus. Dem Volk bleibt dann fürs Erste nichts anderes übrig, als politische Fehler zu schlucken. Die spürbaren Folgen der Entbündelung der Elektrizitätswirtschaft werden täglich in den Zeitungen breitgeklopft. Die Politik läuft gegen höhere Strompreise Sturm. Die Gesetzgeber verlangen vom Nordkap bis nach Sizilien die Entbündelung der Elektrizitätswirtschaft. Bei dieser europäischen Entbündelung der Elektrizitätswirtschaft hat sich die politische Schweiz zum Mitmachen entschieden.

Was heisst das für die Kunden? Aus der Elektrizitätseinheit, d.h. vom Kraftwerk über die verschiedensten Leitungen zum einzel-

nen Kunden, werden einzelne und selbständige Geschäftsorganisationen. Teils müssen diese Geschäftsorganisationen aus dem Nichts aufgebaut werden. Jede Geschäftsorganisation kostet zusätzlich Geld. Um im Markt zu bestehen, gilt eine einfache ökonomische Regel: Keine Arbeit und kein Produkt ist gratis. Warum dann dagegen Sturm laufen, wenn das der Ökonomie entspricht?

Es kommt noch schlimmer. Offizielle Stellen verlangen kostenlose Durchleitungsrechte über öffentlichen Grund, wieder andere fordern vom Endstromverkäufer den Strom zu Selbstkosten. Etwas Absurderes kann sich kein Geschäftsmann vorstellen. Irgendjemand muss die gratis zur Verfügung gestellten Leitungen und andere absurde Preisnachlässe immer bezahlen.

Was würden die Kantone und der Bund dazu sagen, wollten die Autotransporteur gratis die Strassen benutzen? Oder was würden die Transportunternehmungen dem Warenempfänger antworten, wäre der Warenempfänger der Überzeugung, der Warentransport sei kostenlos?

Wir können uns in ganz Europa über den Strommarkt informieren. Seit der Strommarkt liberalisiert ist, wurden auch die tatsächlichen Kosten sichtbar, die Preise stiegen. Das ist zwar keine Entschuldigung für Schweizer Verhältnisse. Aber wir haben in der Schweiz demokratische Rechte, politische Fehler mit verschiedenen Möglichkeiten wieder rückgängig zu machen.

Max Matt, Im Moosacker 28,
9450 Altstätten